

TINNE-MUSEUM IN KLAUSEN

## Gespaltenes Künstlerstädtchen

(js/vp) Über kein anderes Projekt wird in Klausen seit Jahren so heftig diskutiert wie über das Tinne-Museum. Nachdem bereits 2011 das Gelände des Kapuzinerklosters als Standort für das Kunst-, Kultur- und Bildungsareal definiert wurde, hat die Tinne-Stiftung einen europäischen Planungswettbewerb ausgeschrieben. 55 internationale Teams haben sich beteiligt. Als Sieger ging im Jänner das Architekturkollektiv Apium2A aus Venedig hervor, die das Projekt unter anderem mit dem Bozner Studio Flaim Prünster und dem Meraner Designer Harry Thaler umsetzen wollen. An ihnen lag es am Freitag im vollbesetzten Dürer-Saal, das Projekt vorzustellen – und zu überzeugen. Denn die meisten Bürgerinnen und Bürger sahen das, was in ihrem Kapuzinergarten passieren soll, zum ersten

Mal. Entsprechend lange war es still im Raum. Dann kamen die Kritiker zu Wort. Sie protestierten, dass mit dem Projekt Klausens einzige sonnige Grünflächen verschwinden würden. Das Siegerteam versuchte zu schlichten: Ein Großteil der Bäume soll bestehen bleiben. Alles, was weggenommen werde, komme auf das begehbare Dach des

Sockelgebäudes. Wie geht es nun weiter? Das Siegerteam hat bis zum Herbst Zeit, Verbesserungen am Projekt vorzunehmen. Geklärt werden muss aber vor allem die Finanzierung, die Kosten belaufen sich auf 15 bis 20 Millionen Euro. Wilhelm Obwexer, Präsident der Tinne-Stiftung, hofft weiter auf eine Realisierung zwischen 2026 und 2028. ■



Jung und cool, so zeigt sich die Architektur für das Tinne-Museum: Realisiert werden soll es im Kapuzinergarten von Klausen.

JENSEITS DES BRENNERS

## Südafrika an der Seite Russlands

(ul) Aus westlicher Sicht ist es klar: Der russische Präsident Wladimir Putin ist ein Aggressor, mit dem man nicht zusammenarbeiten kann. Das aber sehen nicht alle so, zum Beispiel die südafrikanische Regierung. Sie hat beschlossen, gemeinsam mit Russland und China Militärübungen abzuhalten. Das hat in Europa und den USA für scharfe Kritik gesorgt. Südafrika bleibt unbeeindruckt.

Russland feiert die gemeinsamen Militärübungen als diplomatischen

Erfolg. Das sei ein Beweis dafür, dass Russland nicht isoliert sei – im Gegenteil.

Man wolle, so ließ das russische Außenministerium verlauten, mithelfen, die Folgen des Kolonialismus in Afrika zu überwinden. Das ist zwar absurd, weil Russland wie eine Kolonialmacht das Nachbarland Ukraine überfallen hat – aber in Südafrika kommt die Botschaft doch an. Warum? Die Ursachen



sind emotionaler Natur. Die Sowjetunion hat während des Apartheid-Regimes den African National Congress (ANC) – die heutige Regierungspartei – über viele Jahre unterstützt. Gleichzeitig ist das Misstrauen gegenüber den Motiven des Westens groß; immerhin hat man mit den ehemaligen Kolonialmächten keine guten Erfahrungen gemacht. Und die wirken bis heute nach. ■

MENSTRUATION – ARBEIT

## Freie Tage

(aa) Mehr Frauenrechte in einer Männerwelt. Das ist das Ziel von Spaniens Gleichstellungsministerin Irene Montero. Und mit dem jüngst verabschiedeten Gesetz ist ihr das auch ein Stück weit gelungen. Dieses sieht freie Tage bei Menstruationsbeschwerden vor; es ist bislang einzigartig in Europa.

Italien will nun nachziehen. Vor Kurzem hinterlegte die linke Bewegung Verdi-Sinistra im Parlament einen Gesetzentwurf genau zu diesem Thema. Er sieht einen „Menstruationsurlaub“ von bis zu zwei Tagen für Studentinnen sowie Arbeitnehmerinnen vor, die unter starken Menstruationsbeschwerden leiden. In beiden Fällen ist eine ärztliche Krankenschreibung verpflichtend.

Der Weg ist freilich noch lang. Zunächst muss es der Entwurf überhaupt auf die Tagesordnung der zuständigen Gesetzeskommissionen schaffen, erst nach der dortigen Behandlung kann im Parlament weiterdiskutiert werden.

„Urlaub“ ist freilich nicht der richtige Begriff. Es geht nicht um bezahlte Freizeit, sondern um Sichtbarkeit eines im Arbeitsumfeld immer noch tabuisierten medizinischen Problems. Die Arbeitswelt wurde hauptsächlich von Männern gebaut und hat sich seither nie grundsätzlich verändert. Inzwischen aber sind Frauen in der Position, selbst mitzubestimmen, wie die Arbeitswelt gestaltet wird. Spanien zum Beispiel hat eine Regierung mit einem Frauenanteil von 64 Prozent. ■